

Siebter Familienbericht**„Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“****Vorwort**

Der Siebte Familienbericht wurde mit der Einberufung einer Sachverständigenkommission am 20. Februar 2003 durch die Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Renate Schmidt, in Auftrag gegeben mit dem Ziel, einen umfassenden Bericht zum Thema: „Zukunft der Familie – Gesellschaftlicher Wandel und soziale Integration“ (Arbeitstitel) vorzulegen. In die Expertenkommission wurden berufen

- Prof. Dr. Hans Bertram (1. Vorsitzender)
- Prof. Dr. Helga Krüger (stellv. Vorsitzende)
- Prof. Ph.D. Jutta Allmendinger
- Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios Fthenakis
- Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
- PD Dr. Katharina Spieß
- Prof. Dr. Marc Szydlak

In der 3. Sitzung der Kommission wurde Frau Dr. Karin Jurczyk vom Deutschen Jugendinstitut, München, als ständiges kooperierendes Mitglied kooptiert.

Dieser Familienbericht entstand in einer Zeit, in der tief greifende Umwälzungen sichtbar werden. Im internationalen Wettbewerb um Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Innovationen sieht sich die Bundesrepublik Deutschland globalen Herausforderungen gegenüber, die für viele Menschen Unsicherheit, Zukunftsangst und Perspektivlosigkeit mit sich gebracht haben. Trotz der beeindruckenden Aufbauleistung in den neuen Bundesländern kämpfen viele dieser Länder nicht nur mit diesen Herausforderungen, sondern auch mit der Tatsache, dass die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Bundesländern viele junge Menschen, insbesondere junge Frauen, dazu bringen, den Weg nach West- und Süddeutschland zu suchen. Deutlich geringere Kinderzahlen bei kaum abnehmenden Kinderwünschen der jungen Erwachsenen stellen nicht nur große Herausforderungen an die sozialen Sicherungssysteme dar, sondern führen auch zu der Frage, welche Zukunftsvorstellungen heutige Erwachsene und die nachwachsende Generation für sich selbst und ihre Kinder entwickelt haben und welche Verwirklichungschancen bestehen. Unter einer historischen Perspektive haben sich Gesellschaften immer wieder mit tief greifenden Struk-

turveränderungen, Krisen und Unsicherheiten auseinandersetzen müssen, und es lässt sich beobachten, dass in solchen Umbrüchen häufig weniger Kinder geboren wurden, weil den jungen Erwachsenen die Zukunft als zu unsicher erschien, während in Zeiten, in denen Sicherheit, Klarheit und Zukunftsoptimismus die beherrschenden Themen der gesellschaftlichen Entwicklung gewesen sind, sich wieder Normalität herstellte, oft allerdings auf niedrigerem Niveau als zuvor.

Es ist der Auftrag für den Bericht, Konzepte für eine neue Balance zwischen verschiedenen Lebensbereichen, wie Familie, Beruf und dem Lebensumfeld von Familien, zu erarbeiten und zudem Vorschläge zu skizzieren, wie eine solche neue Balance zu erreichen und umzusetzen sei. Angesichts der Unsicherheiten gegenwärtiger Entwicklungstendenzen ist es zwar einfach, die eine oder andere Verbesserung zu empfehlen. Ob aber aus solchen vielfältigen Einzelvorschlägen dann wirklich eine neue Balance zwischen verschiedenen Lebensbereichen entstehen kann, ist mit einer solchen Vorgehensweise in der Regel nicht gewährleistet. Auch schien es uns nicht sinnvoll, die gegenwärtig vielfältig diskutierten, aber seit längerem bestehenden Krisenphänomene des Übergangs von der Industrie- in eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft nur auf aktuellem Stand zusammenzutragen und daraus Zukunftsvorstellungen abzuleiten, weil eine solche Vorgehensweise in der Regel dazu führt, festzustellen, dass die Zukunft entweder genauso schwierig, unübersichtlich und krisenhaft ist wie die Gegenwart oder aber die Gefahr besteht, dass alles nur noch krisenhafter, noch unübersichtlicher und noch schwieriger gesehen wird. Die Geschichte der Politikberatung im Bereich von Familie kennt häufiger solche Vorgehensweisen; so sagt der Bericht für den amerikanischen Präsidenten Hoover, in der Weltwirtschaftskrise von 1932 von zwei sehr bekannten Familienforschern verfasst, für Familien eine eher schwarze Zukunft voraus, obwohl 20 Jahre später in allen entwickelten Industrieländern ziemlich genau das Gegenteil zu beobachten war mit einer Phase, in der die Familie als außerordentlich stabil angesehen wurde.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Probleme, Schwierigkeiten und krisenhaften Entwicklungen der Gegenwart im Wesentlichen als vorübergehende Phänomene zu interpretieren,

die der Stabilität familialer Beziehungen wenig anhaben können. Dahinter steht die Hoffnung, dass die erstaunlich stabilen Beziehungen von Familien auch in Krisenzeiten nicht nur diese Zeiten überstehen, sondern danach die alte Ordnung und die Rückkehr zu den alten privaten Lebensformen erwartet werden kann. Auch solche Versuche hat es gegeben, doch macht jener Bericht an den amerikanischen Präsidenten deutlich, dass dessen Autoren die Krisenphänomene der Familie der zwanziger und dreißiger Jahre durchaus richtig beobachtet, aber verkannt haben, dass sich in der damaligen Krise der Übergang der ländlich geprägten Lebensformen in städtische und suburbane Lebensformen der Industriegesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre vollzog.

Wir gehen in diesem Bericht auch davon aus, dass sich alle gegenwärtigen Gesellschaften Europas in jener Übergangsphase von der Industriegesellschaft mit den damit verbundenen Lebensformen der neolokalen Kernfamilie und mit einer eindeutigen innerfamilialen Arbeitsteilung hin zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft mit neuen Lebensformen befinden. Solche Wandlungsprozesse von Gesellschaften und die damit auch verbundenen Veränderungen von familialen Lebensformen sind zumindest für die europäische Geschichte geradezu typisch und belegen Chancen und Grenzen der Anpassungsfähigkeit der Familie. Der Auftraggeber legte deshalb auch einen besonderen Schwerpunkt auf die international vergleichende und auswertende Perspektive der Entwicklungen von Familie (und Familienpolitiken).

Um unserem Auftrag gerecht zu werden, haben wir uns dafür entschieden, Familienentwicklungen in Deutschland als Teil einer europäischen Entwicklung zu interpretieren. Dies ermöglicht es uns, durch eine Kontrastierung zwischen ausgewählten europäischen Ländern die demografischen Entwicklungen und die Entwicklung der Partnerschafts- und Generationenbeziehungen nicht nur zu vergleichen, sondern auch in Beziehung zu den jeweiligen familienpolitischen Strategien, die in anderen europäischen Ländern in diesem Umbruch erarbeitet worden sind, zu setzen und mit dem deutschen Pfad zu kontrastieren. Dadurch lassen sich möglicherweise Antworten und Reaktionen auf die Herausforderungen moderner Gesellschaften finden, die auch für Deutschland wichtig sein können. Diese europäische Kontrastierung schien uns von großer Bedeutung zu sein, weil trotz aller Krisen in Europa und trotz der kulturellen Vielfalt und der unterschiedlichen politischen Systeme viele familienpolitische Gemeinsamkeiten zu entdecken sind. Um aber nicht der Gefahr zu erliegen, nur die Gemeinsamkeiten der europäischen Entwicklung im Bereich von Familie und Familienpolitik zu

betonen, haben wir ein eigenes Kapitel zur Analyse spezifischer deutscher Entwicklungen verfasst, weil uns bei der Diskussion familienpolitischer Maßnahmen in Europa nur so die Möglichkeit gegeben schien, auch die Besonderheiten der Entwicklung in Deutschland angemessen reflektieren zu können.

Eine der größten und positivsten neuen Herausforderungen in der Entwicklung von familialen Beziehungen ist die Änderung der Lebensläufe der Bevölkerung in den meisten europäischen Staaten. Längere Lebenserwartungen, höhere Qualifikationen eines großen Teils der Bevölkerung und eine größere Vielfalt von beruflichen und privaten Lebensabschnitten in einem längeren Lebenslauf bedürfen einer ganz anderen Strategie der Bewältigung dieser vielfältigen Herausforderungen als die familialen Lebensläufe der Industriegesellschaft mit einer klaren und weitgehend auch gesellschaftlich vorgegebenen dreigeteilten Struktur von Kindheit und Jugend als Lernphase, dem Erwachsenenalter als Arbeits- und Familienphase und dem Rentenalter als Ruhestand. Diese Zeitstrukturen der Industriegesellschaft haben nach Auffassung der Kommission keine Zukunft mehr. Daher verstehen wir auch die familialen Beziehungen im Lebenslauf zwischen Partnern, Eltern und minderjährigen Kindern sowie erwachsenen Kindern und Eltern als eine „Herstellung von Familie“, um zu verdeutlichen, welche Chancen, Risiken, Probleme und neue Perspektiven sich im Laufe eines solchen Herstellungsprozesses im Lebenslauf ergeben können.

Diese gemeinsame Konstruktion von Familie und Familienbeziehungen im Lebenslauf, die für die Mitglieder der Familie eine große Ressource bei der Bewältigung anderer Lebensaufgaben darstellt, vollzieht sich natürlich nicht im luftleeren Raum, sondern lässt sich nur in Abstimmung mit anderen gesellschaftlichen Bereichen entwickeln. Neue Balancen ergeben sich aus der Neugestaltung des Lebenslaufs und den gemeinsamen Herstellungsleistungen von Beziehungen und Ressourcen der Familienmitglieder füreinander, aber auch für andere Menschen.

Auch in einer wettbewerbsorientierten Gesellschaft, die darum kämpft, den erarbeiteten Wohlstand zu erhalten und möglicherweise noch zu steigern, brauchen Familien und Familienmitglieder Zeit, und zwar nicht nur im Lebenslauf, sondern insbesondere in der Alltagszeit in der aktiven Lebensphase, in der wir heute Höchstleistungen im Bereich der Bildung und des beruflichen Engagements erwarten, für die Entwicklung privater Beziehungen, für die Erziehung der Kinder, für die Unterstützung der Eltern und für das Engagement in Nachbarschaft und Gemeinden. Ohne diese Fürsorge für andere und ohne

dieses zivilgesellschaftliche Engagement hat keine Gesellschaft eine Zukunft. Daher haben wir uns auch ausführlich mit der Frage auseinandergesetzt, warum ausgerechnet in der Organisation der täglichen Zeit heute ein solches Ungleichgewicht zwischen beruflich vorgegebene Zeitstrukturen, Zeitstrukturen von Schule, Kindertageseinrichtungen und anderen Bildungsinstitutionen und der Zeit für Familie und Fürsorge für andere entstanden ist. Wir sind jedenfalls davon überzeugt, dass nur durch eine neue Balance zwischen den verschiedenen täglichen Zeiterfordernissen dieser Lebensbereiche die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft gesichert werden kann.

Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft hängt aber auch davon ab, dass sie begreift, dass in einer Gesellschaft mit unterschiedlichen kulturellen Traditionen – sei es aufgrund der politischen Geschichte Deutschlands, sei es aufgrund des hohen Anteils an Zuwanderern – familiäre Lebensformen und innerfamiliäre Formen von Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und zwischen Eltern und Kindern, zwischen Großeltern, Eltern und Enkeln ein höheres Maß an Vielfalt aufweisen als in homogenen Gesellschaften mit einer gemeinsamen kulturellen Tradition. Da in Deutschland aufgrund der unterschiedlichen regionalen Entwicklungen die Bedingungen für die Entwicklung familiärer Lebensformen und das Leben von Familien heute sehr unterschiedlich sind, haben wir versucht, die Variationen dieser unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen zu skizzieren, um zu verdeutlichen, dass diese Vielfalt auch zu unterschiedlichen, regional variierenden politischen Antworten auf die Herausforderungen einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft führen muss. Daher kann Familienpolitik, so werden wir in diesem Bericht argumentieren, nicht allein auf Bundesebene gestaltet werden, sondern muss gerade auch auf Landes- und kommunaler Ebene betrieben werden, weil sonst der Vielfalt der Lebensformen in Deutschland nicht hinreichend Rechnung getragen werden kann. Dabei glauben wir, dass insbesondere die großen urbanen Zentren in der Republik erkennen müssen, wie wichtig auch für ihre zukünftige Existenz die Einsicht ist, dass Familien immer auch Investoren in die Zukunft einer Gemeinde und einer Stadt sind, und daher eine aktive Familienpolitik auf kommunaler Ebene ebenso bedeutet, die Zukunft der Gemeinde und der Stadt zu sichern, wie die Ansiedlung eines Industrieunternehmens.

Eine Familienpolitik, die den Übergang von der Industriegesellschaft als ursprünglich männlicher Domäne in eine eher weiblich besetzte Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft als einen wesentlichen und nicht in naher Zukunft umkehrbaren Prozess akzeptiert, wird aus Sicht der

Kommission versuchen, diesen Prozess so zu gestalten, dass die Herstellung von familialen Beziehungen, die Entscheidung für Kinder und die Bereitschaft, in diese Kinder zu investieren, auch in Zukunft als ein wichtiges Element der Lebensperspektive von jungen Erwachsenen beiderlei Geschlechts angesehen wird. Dabei muss sichergestellt werden, dass für diejenigen, die Fürsorge für andere leisten, auch die notwendige Zeit in der Gesellschaft zur Verfügung gestellt wird. Eine Familienpolitik mit dieser Perspektive wird versuchen, nicht allein auf Einzelmaßnahmen zu setzen, sondern durch einen Dreiklang von Zeitpolitiken im Lebenslauf und in der täglichen Zeit sowie mit der Entwicklung neuer Konzepte von Infrastrukturen und der Integration von Infrastrukturen in die Rhythmen der Lebensläufe von Familienmitgliedern zu unterstützen. Daneben wird sie versuchen, das Familienleben, soweit erforderlich, auch durch finanzielle Transfers zu unterstützen und dadurch weiterhin in die Zukunft ihrer Kinder und damit in die Zukunft der Gesellschaft zu investieren.

Diesen Dreiklang aus Zeitpolitik im Lebenslauf und in der Alltagszeit, der Entwicklung von integrativen Infrastrukturen in Nachbarschaft und Gemeinde sowie finanziellen Transfers zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Familie und Kindern bezeichnen wir als nachhaltige Familienpolitik. Dabei gehen wir davon aus, dass sich dadurch Rahmenbedingungen schaffen lassen, die es jungen Erwachsenen auch in Zukunft ermöglichen, sich für diesen Lebensweg zu entscheiden. Sicherlich hätten wir uns und auch die Leser dieses Berichtes überfordert, wenn wir versucht hätten, diesen Dreiklang in alle Lebensbereiche hineinzutragen und zu diskutieren, wie diese jeweils die Entscheidung für Familie und Kinder beeinflussen können. Statt dessen haben wir uns entschieden, anhand ausgewählter Szenarien einer zukünftigen Entwicklung zu skizzieren, wie ein solcher zukunftsorientierter Ansatz einer nachhaltigen Familienpolitik auch in eine politische Praxis in Deutschland umgesetzt werden kann. Dabei haben wir uns bewusst darum bemüht, nicht weit reichende Utopien zu formulieren, sondern in Anlehnung an unsere Idee des Vergleichs mit anderen europäischen Ländern Entwicklungslinien zu skizzieren, die durchaus bereits in anderen Ländern diskutiert werden oder teilweise sogar schon realisiert sind.

Wir sind uns bewusst, dass wir mit dieser Strategie nur ausgewählte Themenfelder der Entwicklung familienfreundlicher Rahmenbedingungen in einer Wissensgesellschaft bearbeiten konnten, doch waren wir beim Verfassen des Berichts auch in einer außerordentlich günstigen Ausgangssituation. Einerseits konnten wir auf den Fünften Familienbericht zurückgreifen, der die Bedeutung der Familie für das Humanvermögen

der Gesellschaft in überzeugender Weise dargestellt und dabei eine Vielzahl von Anregungen gegeben hat. Darüber hinaus hat die gründliche Analyse des Sechsten Familienberichts in Bezug auf die Lebenssituation von ausländischen Familien uns auch die Freiheit gegeben, nicht alle Themen und Vorstellungen aus diesem Bereich wieder aufgreifen zu müssen. Besonders erleichtert hat unsere Arbeit die Tatsache, dass zur selben Zeit der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht und der Fünfte Altenbericht entstanden, die aus unserer Sicht auf ihre Weise den hier vorliegenden Bericht in vielfältiger Weise ergänzen und erweitern. Wir brauchten uns aufgrund der Arbeit des Zwölften Kinder- und Jugendberichts nicht ausführlich mit den notwendigen Veränderungen im Bereich der Förderung von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen, weil dies dort sehr differenziert entwickelt ist. Auch für die neue Rolle der älteren Menschen und die Möglichkeiten dieser Generation, eine aktive Mitgestaltung in der modernen Gesellschaft zu ermöglichen, gibt der Fünfte Altenbericht eine Vielzahl von wichtigen und zukunftsorientierten Anregungen. Durch diese Selbstbeschränkung hoffen wir, unsere Argumentation für die nachhaltige Familienpolitik stringenter und deutlicher formulieren zu können, als wenn wir uns zusätzlich auch zu all diesen verbundenen Themen geäußert hätten.

Dieser Bericht ist in der relativ kurzen Zeit von etwa zweieinhalb Jahren entstanden. Kurz deswegen, weil die Konsensbildungsprozesse bei dem Thema Familienentwicklung und Entwicklung einer nachhaltigen Familienpolitik in einer Kommission notwendigerweise Zeit beanspruchen. Trotz der sehr unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven der einzelnen Mitglieder war die von den Kommissionsmitgliedern gemeinsam entwickelte Perspektive, Familienpolitik als eine Politik der Entwicklung der Rahmenbedingungen eines Lebenslaufs zu interpretieren, wo Familie und Familienentwicklung als gleichberechtigte und integrale Bestandteile des Lebenslaufs neben anderen Bestandteilen auch in Zukunft gelebt werden können, eine tragfähige Basis, um die Arbeit zügig abzuwickeln.

Eine Kommission lebt auch davon, dass sie in vielfältiger Weise unterstützt wird. Stellvertretend für viele möchten wir insbesondere erwähnen, dass unsere Anfragen an das Statistische Bundesamt für bestimmte Sonderauswertungen des Mikrozensus und anderer amtlicher Statistiken immer zügig und schnell beantwortet wurden. Das gleiche gilt für die familienwissenschaftliche Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes in Stuttgart, das uns mit einer Reihe von Berechnungen außerordentlich geholfen hat. Unser Dank gilt insbesondere den Experten-

nehmerinnen und -nehmern, die ihr Expertenwissen der Sachverständigenkommission zur Verfügung gestellt haben. Die Arbeitsgruppe des Deutschen Jugendinstituts mit Annemarie Gerzer-Sass, Jürgen Sass und Hiltrud Bayer hat uns sowohl bei der Sammlung von Materialien, der Aufbereitung der empirischen Materialien und vielen anderen Arbeiten fachlich intensiv unterstützt, und das Deutsche Jugendinstitut hat uns bei kurzfristigen Engpässen mit Renate Bauereiss, Jan Marbach und Andreas Lange drei kompetente Mitarbeiter zu unserer Unterstützung zur Verfügung gestellt. Wir können dafür als Kommission nur dankbar sein und haben uns besonders gefreut, dass Karin Jurczyk, die Leiterin der Abteilung Familie am Deutschen Jugendinstitut, als „kooptiertes Mitglied“ die Arbeit der Kommission in vielen Punkten positiv beeinflusst hat. Hervorzuheben ist auch die kontinuierliche und unterstützende Begleitung der Kommissionsarbeit durch das Ministerium, die wir sehr geschätzt haben und wofür wir uns ausdrücklich bedanken.

Anders als bei früheren Familienberichten hat der Auftraggeber Wert darauf gelegt, den Bericht jenseits der üblichen Anhörungen dialogorientiert zu erarbeiten und öffentlich zu kommunizieren. Die Kommission hat die Chance genutzt und im Erarbeitungsprozess einen gesellschaftlichen Dialog mit Familienverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen, Politik und Wissenschaft geführt. Natürlich finden sich diese Anregungen nicht eins zu eins umgesetzt wieder, doch sieht die Kommission in dieser Form des Dialogs eine sinnvolle Möglichkeit, die notwendige gesellschaftspolitische Debatte und den Perspektivwechsel für die Zukunft von Familie zu befördern und zu unterstützen, auch hält die Kommission einen solchen interaktiven Prozess unter familienpolitischen Gesichtspunkten für außerordentlich hilfreich. Eine Kommission hat nicht nur die Aufgabe, neue Ideen nach eigenen Vorstellungen zu entwickeln, sondern gleichzeitig auch die Aufgabe, aktuelle Entwicklungen und wichtige Vorstellungen der gegenwärtigen familienpolitischen Akteure zu integrieren und so auch zu einer weiteren Konsensbildung in diesem Bereich beizutragen. Auch wenn das der Kommission nicht in allen Fällen gelungen ist, halten wir diese Art der Kommunikation für außerordentlich produktiv.

Wir möchten mit diesem Bericht Anstöße dafür geben und dazu beitragen, dass das Leben mit Kindern in unserer Gesellschaft, die Beziehungen zwischen den Generationen und die gleiche Teilhabe aller Familienmitglieder an Familie, Erwerbsarbeit und Gesellschaft auch in Zukunft ein wesentliches Element in einer neu heraufziehenden Wissensgesellschaft darstellt.